

KURZ UND PRÄGNANT

Bundesgelder müssen hier auch ankommen

„So erfreulich es ist, dass der Bund ab 2015 die Thüringer Kommunen durch höhere Zuschüsse um 23 Millionen Euro jährlich entlasten will, bleibt jedoch die Unsicherheit, ob diese Gelder auch tatsächlich bei den Gemeinden, Städten und Landkreisen ankommen“, so MdL Frank Kuschel. Die bisherigen Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in Thüringen führen aber dazu, dass höhere Zuweisungen des Bundes mit den Landeszuweisungen an die Kommunen verrechnet werden. „Dies kann für die Thüringer Kommunen zu einem Nullsummenspiel führen“, befürchtet der Linkspolitiker. „Die Landesregierung ist aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Entlastungen auch bei den Kommunen etwas bewirken. Gegebenenfalls muss der neu zu wählende Landtag das diesbezügliche Finanzausgleichsgesetz ändern und anpassen. Es muss verhindert werden, dass die zusätzlichen Bundesgelder letztlich den Landeshaushalt, aber nicht die Kommunen entlasten.“ ■

ThüringenForst: Lüge oder Bilanzfälschung?

Anlässlich der Pressekonferenz zur Bilanz von ThüringenForst stellte Tilo Kummer, Forstpolitiker der Linksfraktion, Widersprüche in Aussagen von Minister Reinholz fest: „In einer Pressekonferenz am 13.08.2014 gab der Minister auf Nachfrage einer Journalistin an, dass die im Jahr 2013 aus der Nutzung genommenen 1.300 ha Wald auch durch die Forstanstalt abgeschrieben worden wären. Jetzt bei der Vorstellung der Bilanz von ThüringenForst für das Wirtschaftsjahr 2013 war jedoch nur von reichlich 300 ha Stilllegung die Rede.“ Wären die stolz genannten 1.300 ha Wald wirklich abgeschrieben worden, hätte die Forstanstalt einen Verlust von reichlich sechs Millionen Euro eingefahren (am 13.08. war der Wert der 2013 stillgelegten Flächen mit 7,5 Mio. Euro beziffert worden). Der Abgeordnete befürchtet eine gezielte Bilanzfälschung des Verwaltungsratsvorsitzenden Reinholz, um im Wahljahr nicht Negativ-Schlagzeilen zu machen. Er erwartet eine sofortige Aufklärung. „Wenn das Brandesbachtal und ca. 373 ha wertvoller Totholzbestände doch nicht stillgelegt und abgeschrieben wurden, muss zumindest klargestellt werden, dass es sich bei den Aussagen vom 13.08. um eine Lüge handelte.“ Sollte die Stilllegung doch erfolgt sein und wurde nicht in der Bilanz verankert, wird Tilo Kummer das Finanzministerium und den Rechnungshof um Prüfung des Sachverhaltes bitten. ■

Die Renteneinheit muss bis 2017 kommen

Zur Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, bis 2017 einen Fahrplan für die Angleichung der Ostrenten bis zum Jahr 2020 vorzulegen, die Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, Bodo Ramelow, Rico Gebhardt und Christian Görke:

Für den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, kommt die Ankündigung von Angela Merkel spät, er führt aus: „Angela Merkels Ankündigung kommt spät. Die Renteneinheit kommt 2020 für viele zu spät. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum die Bundeskanzlerin bis zum Wahljahr 2017 warten will, um einen Fahrplan zu beschließen, der die Ostrentenangleichung auf das 30. Jahr nach der Wiedervereinigung verschiebt. Gleicher

Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung in Ost und West, dieses Prinzip entspricht dem Geist des Grundgesetzes. Die Ostrentenangleichung ist kein Almosen sondern ein Anrecht der Rentnerinnen und Rentner im Osten.“

Der Spitzenkandidat der Brandenburger LINKEN, Christian Görke, fordert die Renteneinheit bis zum Ende der Legislaturperiode des Bundestages 2017: „Wir wollen, dass die Renteneinheit bis zum Ende dieser Legislaturperiode des Bundestages realisiert wird. Dort wo wir Verantwortung in Landesregierungen übernehmen, bleibt diese Forderung auf der politischen Agenda. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass auch diese Bundesregierung die Renteneinheit auf die lange Bank schiebt und auf die biologische Lösung setzt. Bis zum Jahr 2017 muss der Rentenwert Ost an den Ren-

tenwert West angeglichen werden. Wir warnen die Bundesregierung vor Tricksereien. Die Renteneinheit muss ohne Schlechterstellung der Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentner in Ost und West realisiert werden.“

Sachsens Spitzenkandidat Rico Gebhardt sieht die Renteneinheit als Teil einer notwendigen Rentenreform: „Die Renteneinheit muss Teil einer großen sozialen Rentenreform werden, die das Prinzip der Sicherung des erreichten Lebensstandards im Alter wieder zur Richtschnur der gesetzlichen Rentenversicherung macht.“

Wir brauchen eine neue Rentenformel, die dafür sorgt, dass die Renten wieder mit den Löhnen steigen. Wir brauchen eine solidarische Mindestrente, die im Alter zuverlässig vor Armut schützt. Und wir wollen nicht zuletzt, dass die Rente ab 67 zurück genommen wird. ■

Scheinheilig

Der haushaltspolitische Sprecher der Linksfraktion, Mike Huster, begrüßte den Plan der Minister Carius und Dr. Voß für ein Schulinvestprogramm als grundsätzlich unterstützenswert. Zugleich kritisierte er die Pressekonferenz der beiden Minister als „scheinheilig“. Erst lasse man die Kommunen als Schulträger jahrelang finanziell ausbluten und dann kurz vor Wahlen kommen die Versprechen. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 hatte die Landesregierung die Investitionspauschale für Schulgebäude erst von 22,2 Millionen auf 15 Millionen Euro gekürzt. Für den LINKEN Finanzexperten bleibt es zumindest sachlich völlig unverständlich, weshalb das Investitionsprogramm für die Thüringer Schulen nicht längst beschlossen wurde.

Damit das Schulinvestprogramm überhaupt funktioniere, müsse es wieder möglich sein, dass die Eigenanteile von Kommunen mit einer Haushaltsnotlage, wie z.B. Gera, Eisenach oder Unstrut-Hainich-Kreis, auch gefördert werden könnten. Es stelle sich die Frage, wieso der Finanzminister behauptet, dass Schulden von 630 Millionen Euro getilgt worden seien. „Hat er etwa vergessen, dass zu Beginn dieser Legislaturperiode genau 630 Millionen Euro neue Schulden gemacht wurden? Selbst wenn, wie er behauptet, am Jahresende 2014 tatsächlich 200 Millionen Euro übrig wären und man mal die Schulden der Sondervermögen weglässt, dann wäre maximal eine Schuldensenkung von Null in dieser Wahlperiode möglich. Die Konsolidierungsrendite von Dr. Voß sind keine 25 Millionen Euro pro Jahr aus angeblich gesparten Zinsen, sondern kaputtgesparte Kommunen, von denen viele nicht mal die Eigenanteile aufbringen können, um die jetzt versprochenen Investitionshilfen annehmen zu können.“ ■

Die Linksfraktion auf Arbeitstour



Mit dem Sommerfest am 24. August in Suhl hat Ina Leukefeld, Arbeitspolitikerin der LINKEN im Thüringer Landtag, ihre diesjährige Arbeitstour beendet. Mit Infoständen, Besuchen bei Initiativen, Bildungseinrichtungen und Jobcenter warb Ina Leukefeld für Gute Arbeit in Thüringen. Stationen der Tour waren Weimar, Jena, Erfurt, Artern, Saalfeld, Pöbneck, Bad Langensalza, Eisenach, Gotha und abschließend in Suhl. Inhaltliche Grundlage der Arbeitstour waren „Sieben Punkte für Gute Arbeit“. Darin findet sich auch die Kernforderung der LINKEN zur Landtagswahl, die Schaffung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors.

„Mindestens 2.500 Stellen für ältere Langzeitarbeitslose in Thüringen – sozialversicherungspflichtig, existenzsichernd und längerfristig gesichert. Dafür haben wir sehr viel Zuspruch und weitere Anregungen von Erwerbsloseninitiativen, sozialen Trägern und in Jobcentern erhalten. Besonders freue ich mich auch über das Bekenntnis der SPD zu unserem Kernprojekt, wie sie im Thüringer Arbeitslosenparlament formuliert worden ist. Das beweist,

dass ein reformorientiertes Bündnis nach der Landtagswahl gerade auch für heute ins Abseits gedrängte Menschen viel bewegen kann“, erklärte Ina Leukefeld.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Austausch zur Situation junger Menschen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt. „Die neue Situation eines Überschusses an Ausbildungsplätzen verdeckt die Probleme, die viele junge Menschen trotz allem bei der Aufnahme einer Ausbildung haben. Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Schulden, Suchtproblemen und vielen anderen elementaren Hindernissen drohen ausgeblendet zu werden. Aber auch sie brauchen eine Chance und umfassende Hilfe, beginnend bei der Elternberatung in Kitas über ein Schulsystem, welches kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt, über Berufsorientierung als Regelleistung an den Thüringer Schulen und einer garantierten unterstützenden Begleitung bei der Ausbildung. All dies muss inklusiv gedacht werden: Kein Mensch darf ausgegrenzt und zurückgelassen werden“, forderte die Arbeitspolitikerin. ■